

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER SPD HALLE (SAALE)

SEITEN 2-5

150 JAHRE SPD
Zum Parteijubiläum

SEITE 8

SPD KARLSRUHE
Ein Experiment zur OB-Wahl

SEITE 10

GEWERKSCHAFTEN VOR ORT
IG Metall Halle-Dessau

INHALT

IM BLICK.PUNKT

SEITE 02: Blitzlichter SPD-Geschichte
SEITE 04: SPD-Jubiläum in Land und Bund
SEITE 05: FES-Ausstellung Parteijubiläum

EIN.BLICK

SEITE 06: Bundestagswahl 2013
SEITE 07: Vorstandswahlen OV Halle-Süd
SEITE 07: Aus der Landtagsfraktion
SEITE 08: Experiment der SPD Karlsruhe
SEITE 09: Aus der Ratsfraktion

ÜBER.BLICK

SEITE 09: Zeitzeugin zu Gast in Bayern
SEITE 10: IG Metall Halle-Dessau
SEITE 11: Jahrestag Ermächtigungsgesetz
SEITE 11: Homosexualität im Sport
SEITE 12: Privatisierung von Uniklinika

IMPRESSUM

blick.punkt
Mitgliederzeitschrift der SPD Halle (Saale)
Große Märkerstraße 6 | 06108 Halle (Saale)
blickpunkt-halle@googlegroups.com
www.blickpunkt-halle.de

Herausgeber
SPD-Stadtvorstand Halle (Saale)

V. i. S. d. P.
Katja Pähle, SPD-Stadtvorsitzende

Redaktion
Marcus Schlegelmilch (Ltg.) | Thomas Stimpel (Ltg.)
Oliver Hartung | Katharina Hintz
Felix Peter | Andrej Stephan | Marcel Thau
Christian Weinert

Druck
Druckerei Teichmann Halle

Einschränkungen
Die Beiträge geben die private Meinung der Autor_innen wieder und sind nicht zwangsläufig mit der Meinung der SPD identisch. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingesandte Texte zu bearbeiten und ggf. nur auszugsweise abzdrukken. Die Vervielfältigung ist unter Verwendung eines vollständigen Quellenverweises gestattet. Die Rechte an Wort und Bild liegen – sofern nicht anders ausgewiesen – beim SPD-Stadtverband Halle (Saale).



BILD: ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

„150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“
Ausstellung
im Volkspark!
Mehr auf Seite 5.

150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE

FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT

PARTEIJUBILÄUM – GESCHICHTE. Die SPD begeht in diesem Jahr ihr 150-jähriges Parteijubiläum. Grund genug, bereits jetzt in das Festjahr zu starten und einige Wegmarken der Geschichte der SPD in Erinnerung zu rufen.

>> von Dr. Rüdiger Fikentscher, Vorsitzender Historische Kommission des SPD-Landesverbandes

Im menschlichen Leben entsprechen 150 Jahre etwa fünf Generationen. In Deutschland entstanden und vergingen in dieser Zeit zwei Reiche ebenso wie zwei Republiken. Es fanden Kriege statt, darunter zwei verheerende Weltkriege mit zwei Nachkriegszeiten voller Entbehrungen und es gab vier Jahrzehnte lang zwei deutsche Staaten. Jedem, der versucht, diese lange Zeit zu überschauen, fallen unzählige weitere Ereignisse und Entwicklungen ein, die in diesen 15 Jahrzehnten kamen und gingen. Doch die Sozialdemokratie als Verkörperung einer aus dem 19. Jahrhundert kommenden großen sozialen und Aufklärungsbewegung ist nicht untergegangen. Dreimal wollten ihre Gegner sie vernichten, doch stets ging sie erneuert und gestärkt aus dem Kampf hervor. Ihr Ziel war es, den infolge der Industrialisierung verelendeten und unterdrückten Massen nicht nur Brot und Bildung, sondern auch Freiheit und Mitsprache zu verschaffen. Ihre Ideale, ausgedrückt in unseren drei Grundwerten, entsprechen einer tiefen Sehnsucht der Menschen: Freiheit für alle, nicht nur für die Besitzenden und Bevorrechteten, Gerechtigkeit innerhalb der gesamten Gesellschaft und Solidarität als Mittel, mit dem dieser Zustand hergestellt werden kann. Diese ideale Gesellschaft wurde und wird zwar nicht erreicht, doch im Ringen darum ist eine große geschichtliche Leistung, eine tiefe Veränderung der Verhältnisse entstanden. Die organisierte Triebkraft war stets die SPD. Ihre überaus reiche und vielfältige Geschichte voller Erfolge und Misserfolge, Siege und Niederlagen sowie großer Persönlichkeiten soll hier mit wenigen Daten und Stichworten nachgezeichnet werden.

1863: Soziale Missstände und Verelendung nahmen besonders in den industriell am weitesten entwickelten Teilen Deutschlands, darunter dem mitteldeutschen Raum, ständig zu: 14-Stunden-Arbeitstag, Kinderarbeit, keinerlei Versicherungsschutz. Aus diesen Verhältnissen heraus entstand die Arbeiterbewegung, die organisierten Bestrebungen der abhängigen Lohnarbeiter zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Es gab Selbsthilfeorganisationen der Handwerksgehilfen. Liberale Bürger gründeten die ersten Arbeiterbil-

duungsvereine, weil sie die Arbeiterprobleme als Bildungsfrage betrachteten. In Leipzig richtete einer dieser Vereine die Bitte an den Publizisten und sozialistischen Politiker Ferdinand Lassalle, er möge ihnen aufschreiben, mit welchen Forderungen sie an die Öffentlichkeit treten sollten. Sein „Offenes Antwortschreiben“ wurde zum ersten Programm der Sozialdemokratie, denn es führte am 23. Mai 1863 zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) in Leipzig, der ersten sozialdemokratischen Parteiorganisation im deutschen Sprachraum. Die erste politische Forderung darin hieß: allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht.

1869: In Eisenach gründeten der Drechslermeister und Autodidakt August Bebel und der Intellektuelle Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). Liebknecht hatte nach der 48er Revolution einige Jahre im englischen Exil verbringen müssen und war dort mit Karl Marx und Friedrich Engels vertraut geworden.

1875: Beide Parteien vereinigten sich in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Die Partei erklärte in ihrem Programm, nur auf legalem Wege die sozialistische Gesellschaft erkämpfen zu wollen, nicht durch bewaffnete Revolution.

1878-1890: Bismarck fürchtete die erstarkende Arbeiterpartei dermaßen, dass er sich – auch durch Täuschung – eine Mehrheit im Reichstag suchte und ein Gesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen“ der Sozialdemokratie durchbrachte. Damit wurde jegliche Parteiarbeit verboten. Nur Einzelpersonen durften weiterhin Parlamentsarbeit im Reichstag ausüben. Das Leben der Sozialdemokraten in diesen Jahren war hart: Gefängnis, Exil, Vermögensverluste, Kündigungen, Durchsuchungen waren an der Tagesordnung. Doch die illegale Arbeit wurde aufopferungsvoll und gut organisiert. Lesenswert dazu ist die 1914 in Halle erschienene Jubiläumsschrift „Durch Kampf zum Sieg“.

1890: Das „Sozialistengesetz“ war ‚gefallen‘. Endlich konnte wieder ein

Parteitag innerhalb Deutschlands durchgeführt werden. Er fand hier bei uns in Halle statt und zwar im „Hofjäger“, der heutigen „Schorre“ in der Willy-Brandt-Straße. Dort beschloss die Partei am 17. Oktober 1890, einem Freitagnachmittag, ihren noch heute geltenden Namen: SPD. Und auch für den „vorwärts“ fiel eine wichtige Entscheidung: Unter diesem Titel erscheint er seit dem 1. Januar 1891 in Berlin als zentrales Parteiorgan.

1891: Der Erfurter Parteitag verabschiedete das maßgeblich von Eduard Bernstein und Karl Kautsky geschriebene Programm. Trotz revolutionärer Rhetorik wollte man positiv innerhalb des bestehenden Staates mitarbeiten. In diesen Jahren wird eine „Gegenökonomie“ aufgebaut: eigene Druckereien, Verlage, Volkshäuser, so auch 1907 unser halleischer „Volkspark“. Damit konnte man dem wirtschaftlichen Druck der Bürgerlichen wenigstens in Teilbereichen ausweichen. Die Zahl der Mitglieder stieg ebenso stark an wie die der Abonnenten von SPD-Zeitungen. Dadurch floss Geld in die Parteikassen und das Wichtigste: die SPD erzielte stetig wachsende Wahlergebnisse, wurde 1912 sogar stärkste Fraktion im Reichstag. Dazu trugen 27.279 Stimmen aus Halle bei, mit denen Fritz Kunert den Wahlkreis bereits im ersten Wahlgang erkämpfte.

In diesen Jahren entstanden die Frauenbewegung, die Arbeiterturnvereine, die „Kinderfreunde“ und weitere Organisationen im Umfeld der SPD und der Gewerkschaften.

1913: Am 13. August starb August Bebel, der im ganzen Reich höchst anerkannt war – respektvoll nannte man ihn den „Arbeiterkaiser“ – und am 18. Dezember wurde Willy Brandt geboren, der wohl zu Recht als bedeutendster SPD-Vorsitzender seit August Bebel gilt.

1914-1917: Es war nicht der jahrelange „Revisionistenstreit“, an dem die SPD zerbrach, sondern die Bewilligung der Kriegskredite zu Beginn des Ersten Weltkrieges. Die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) lehnen die „Burgfriedenspolitik“ ab und trennen sich von den Mehrheitssozialisten.



INHALT: RANDSPALTEN

- S.03: Red.ACTION – Hausmitteilg.
- S.04: Empfang AG 60plus & AWO
- S.06: Internationaler Abend
- S.07: in memoriam – Peter Struck
- S.08: Auf.TAKT – Stefan Suchantke
- S.09: Straßen.Schild – Litten-Str.
- S.11 f.: Adressen & Kontakte

INFO: DIE REDAKTION

LEITUNG:

- >> Marcus Schlegelmilch
- >> Thomas Stimpel

IM BLICK.PUNKT:

- >> Marcus Schlegelmilch
- >> Thomas Stimpel
- >> Christian Weinert

EIN.BLICK:

- >> Oliver Hartung

ÜBERBLICK:

- >> Andrej Stephan
- >> Katharina Hintz

AM RANDE:

- >> Marcel Thau

SATZ & LAYOUT:

- >> Oliver Hartung
- >> Felix Peter

LEKTORAT:

- >> Oliver Hartung
- >> Thomas Stimpel



Aufnahmen des ehemaligen „Erfurter Hof“, vor dem Willy Brandt 1970 frenetisch empfangen wurde (Fotos: Marcus Schlegelmilch).



Red ACTION

LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,

ehe wir uns versehen, hat das Jahr 2013 schon Fahrt aufgenommen. Im Zentrum des Jahres werden das Partiejubiläum und die Bundestagswahl stehen. Während die Bundestagswahl erst nach und nach in den Fokus rücken wird, bis wir (inklusive unseres Kandidaten) ab Sommer unter Volldampf stehen werden, ist das Partiejubiläum schon jetzt in aller Munde. Auf den folgenden Seiten („Im Blick.punkt“) bieten wir Euch eine Übersicht über die Aktivitäten vor Ort, im Land und im Bund.

Doch auch unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gewähren in dieser Ausgabe wieder einen „Ein.Blick“ in ihre Arbeit im Stadtrat und im Landtag. Zudem wird Karamba Diaby – wie in der letzten Ausgabe begonnen – weitere Themenschwerpunkte mit Blick auf die Bundestagswahl vorstellen. In loser Reihenfolge wollen wir zudem ab dieser Ausgabe einen Blick über die Stadtgrenzen hinaus werfen und Genossinnen und Genossen zu Wort kommen lassen, die in anderen Städten erfolgreich sozialdemokratische Politik machen. Den Auftakt macht Parsa Marvi, SPD-Kreisvorsitzender in unserer Partnerstadt Karlsruhe.

Die Verbindung von Gewerkschaften und SPD ist von besonderer Natur. Aber wie sind die Gewerkschaften vor Ort aufgestellt? Wir haben zu Beginn einer fortlaufenden Serie bei Almut Kapper-Leibe nachgefragt. Seit Herbst vergangenen Jahres ist sie Erste Bevollmächtigte des IG Metall-Bezirktes Halle-Dessau.

Im Namen der „blick.punkt“-Redaktion wünschen wir Euch eine anregende Lektüre

MARCUS SCHLEGELMILCH &
THOMAS STIMPEL

In Halle waren die Zahlenverhältnisse allerdings umgekehrt.

1918/19: Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief am 9. November 1918 die Republik aus, Friedrich Ebert wurde der erste Reichspräsident und die SPD zur tragenden Kraft der Weimarer Republik.

1921: Beschluss des „Görlitzer Programms“ und 1925 des „Heidelberger Programms“. In ihm steht erstmals die Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“. Die SPD wurde in diesen Jahren auch zur ‚Kommunalarbeiterpartei‘ mit vielen bedeutenden sozialdemokratischen Oberbürgermeistern.

1933: Die Weimarer Republik wurde durch die Kräfte von rechts und links – den Nationalsozialisten und Kommunisten – zerstört. Die „verfeindeten Brüder“ SPD und KPD fanden nie wieder zusammen. Die Nationalsozialisten übernahmen die Macht und forderten ein „Ermächtigungsgesetz“, das ihnen volle Handlungsfreiheit in allen Angelegenheiten geben und die Demokratie vollständig

beseitigen sollte. Alle Bürgerlichen und Liberalen stimmten zu, nur die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten stimmten dagegen. Für viele von ihnen waren Gefängnis, Konzentrationslager und Tod die Folge, so auch für unseren halleschen Genossen Franz Peters, der noch im August des gleichen Jahres an Haftfolgen und Krankheit starb. Auf dem Südfriedhof liegt er begraben.

1945/46: In den Westzonen wurde die SPD unter dem durch Krieg und KZ schwer gezeichneten Kurt Schumacher zu einer führenden Kraft der späteren Bundesrepublik Deutschland. Mit dem 1959 beschlossenen „Godesberger Programm“ konnte sie sich zur Volkspartei entwickeln und übernahm mit Willy Brandt und Helmut Schmidt die Kanzlerschaft.

In der Sowjetzone dagegen erfolgte im April 1946 die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED. Erneut wurden Sozialdemokraten verfolgt, landeten in Gefängnissen und Lagern, wenn sie nicht rechtzeitig fliehen konnten. Nach wenigen Jahren war die Sozialdemokratie als Partei

praktisch ausgelöscht.

SEIT 1989: Doch die Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität lebten fort. Sobald es 1989 möglich wurde, gründete sich am 7. Oktober unter Führung von Markus Meckel und Martin Gutzeit die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Auch in Halle erfolgte am 27. Oktober die Gründung der SDP-Stadtgruppe. Am 13. Januar 1990 nannte sich die SDP in SPD um und im September 1990 wurde auf einem gemeinsamen Parteitag in Berlin die Einheit der Sozialdemokratie wieder hergestellt. Das Manifest trägt auch die Unterschrift unseres Landesverbandes. Seitdem gibt es in ganz Deutschland wieder eine gemeinsame, große sozialdemokratische Kraft, die bereit und in der Lage ist, die Zukunft zu gestalten. Viele von uns haben daran mitgearbeitet und werden diese Zeit nicht vergessen.

Am 23. Mai 2013, dem ersten einhundertfünfzigsten Jubiläum in der deutschen Parteiengeschichte, blicken wir mit Stolz auf unsere Vergangenheit und mit Zuversicht auf die vor uns liegenden Aufgaben. ●

EURE UNTERSTÜTZUNG IST GEFRAGT

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit der vorliegenden Ausgabe geht unsere Mitgliederzeitschrift „blick.punkt“ in ihr siebentes Jahr. Zu jeder Zeit hat die Redaktion versucht, sich Eure Anregungen zu Herzen zu nehmen, unsere Zeitschrift weiterzuentwickeln und interessante Themen aus Halle sowie darüber hinaus aufzugreifen.

Die vielen positiven und anerkennenden Rückmeldungen von Euch sowie interessierten Leserinnen und Lesern auch außerhalb unserer Partei waren und sind für uns Bestätigung und Antrieb zugleich. So haben wir bspw. für die Sonderausgabe „wende.punkt“, die auf dem Bundesparteitag 2009 mit dem zweiten Platz des „Wilhelm-Dröscher-Preises“ ausgezeichnet wurde, über die Stadtgrenzen hinaus Lob und Anerkennung erfahren.

Auch wenn alle Beiträge kostenfrei zur Verfügung gestellt werden und ebenfalls die Redaktion selbst ehrenamtlich arbeitet, kostet der Druck des „blick.punkt“ Geld. Konkret bedeutet das, dass wir dafür in diesem Jahr ca. 650 Euro einwerben müssen. Ein Viertel davon ist Dank Eurer großzügigen Spenden bereits gesichert. Ein weiteres Viertel wurde uns dankenswerterweise zugesagt. Das bedeutet aber auch, dass wir noch über 300 Euro benötigen. Um auch diese Kosten zu decken, sind wir auf EURE SPENDEN angewiesen.

Deshalb bitten wir Euch, zu prüfen, ob Ihr den blick.punkt durch eine Spende unterstützen könnt. Wenn ja, so spricht uns bei nächster Gelegenheit persönlich an, kontaktiert die Mitarbeitenden der Regionalgeschäftsstelle oder schreibt direkt eine E-Mail an koordination@blickpunkt-halle.de.

Für die kommende Zeit wünschen wir Euch alles Gute!

Mit herzlichem Dank im Voraus und solidarischen Grüßen

EURE „BLICK.PUNKT“-REDAKTION



150 JAHRE SPD IN SACHSEN-ANHALT

PARTEIJUBILÄUM – LAND. 150 Jahre wird unsere SPD in diesem Jahr. Ihr Gründungsdatum geht auf den 23. Mai 1863 zurück, als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet wurde. 150 Jahre, in denen Genossinnen und Genossen unter den widrigsten Bedingungen für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft haben.

>> von Corinna Reinecke, MdL, Koordinatorin des SPD-Jubiläums in Sachsen-Anhalt

UM auch in Sachsen-Anhalt auf dieses bedeutende Jubiläum hinzuweisen, ist vor allem eines unabdingbar: eure Unterstützung. Ob bei Recherchearbeiten über die Historie der Sozialdemokratie bei euch im Ort oder bei Veranstaltungen: Wir brauchen euch!

Bereits seit 2011 koordiniere ich als Verantwortliche für das Parteijubiläum in Sachsen-Anhalt die Vorbereitungen. Dank der großartigen Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung, unserer historischen Kommission, der Kreis- und Stadtverbände und der Landesgeschäftsstelle konnten wir für unser Bundesland eine Struktur aufbauen, durch die wir hoffen, das Jubiläum sowohl in unsere Großstädte als auch in die ländlichen Räume bringen zu können.

In jedem Stadt- und Kreisverband gibt es Ansprechpartner, die sich um die Aktivitäten rund um das Jubiläum

in eurer Stadt oder eurem Kreis kümmern. Sprecht sie oder ihn doch einfach an, welche Aktivitäten bei euch geplant sind und wie ihr euch einbringen könnt!

Die beiden zentralen Orte für die Feierlichkeiten werden Magdeburg und Halle sein. Dort wird die von der FES erstellte Ausstellung über die Geschichte der Sozialdemokratie zu sehen sein. Da die Ausstellung bundesweit in nur 30 Städten gezeigt wird, freuen wir uns, dass wir sie zwei Mal in Sachsen-Anhalt zeigen können. Ebenfalls werden kleinere Versionen der Ausstellung in jedem Bundestagswahlkreis zu sehen sein.

Neben den Ausstellungen wollen wir aber auch ungewöhnlichere Wege gehen, um auf unser Jubiläum aufmerksam zu machen. So werden wir unter anderem beim Mitteldeutschen Marathon am 1. September zwischen Spergau und Halle mit 150 SPD-Läuferinnen und -Läufern

antreten. Außerdem wird es einen Poetry-Slam-Vorentscheid zu 150 Jahren SPD geben, bei dem es darum geht, dass poetische Texte kreativ im Rap-Stil vorgetragen werden.

Hinweisen möchte ich an dieser Stelle zudem auf die zentralen Feierlichkeiten, die von der Bundes-SPD durchgeführt werden. Eröffnet werden diese durch die Jusos. Sie veranstalten vom 17. bis 20. Mai 2013 ein internationales Jugendtreffen in Dortmund. Direkt im Anschluss feiern wir vom 22. bis 26. Mai 2013 den ‚Geburtstag‘ unserer SPD in Leipzig.

Wir haben versucht, möglichst unterschiedliche Aktivitäten vorzubereiten. Wenn ihr noch weitere Ideen und Vorschläge habt, dann könnt ihr euch gerne an mich oder die/den Jubiläumsverantwortliche/n bei euch vor Ort wenden und wir werden versuchen, diese gemeinsam umzusetzen. Alle Informationen findet ihr unter www.seit1863.de!

EINE BEWEGUNG WIRD 150 JAHRE JUNG

PARTEIJUBILÄUM – BUND. Am 20. Januar haben unsere niedersächsischen Genossinnen und Genossen die Früchte ihres engagierten Wahlkampfes ernten dürfen. Damit haben wir mit viel Schwung das Wahljahr 2013 begonnen. Aber nicht nur die Bundestagswahl macht dieses Jahr zu einem besonderen. 2013 ist auch das Jahr, in dem sich der Geburtstag unserer Partei zum 150. Mal jährt.

>> von Lars Düsterhöft, Sekretariat „150 Jahre SPD“

DER Einsatz für das freie und gleiche Wahlrecht, die Einführung des Frauenwahlrechts, die Einführung des Sozialstaates, der Aufbau der ersten Republik, der Kampf gegen den Nationalsozialismus und das Engagement für mehr Demokratie sind nur einige Wegmarken, die unsere stolze Geschichte prägen. All die Zeit über haben uns unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität begleitet. Sozialdemokratin bzw. Sozialdemokrat zu sein heißt daher nicht nur, Teil einer Partei zu sein. Vielmehr sind wir Teil einer gesellschaftlichen Bewegung, einer Gemeinschaft, die auf denselben Grundwerten und Überzeugungen fußt.

In den vor uns liegenden Monaten ist es das Ziel, unserer stolzen Geschichte zu gedenken und sie den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu bringen. Ein erster Höhepunkt unserer Feierlichkeiten ist der 23. Mai. An diesem Tag feiern wir die Gründung unserer Partei mit einem Festakt im Leipziger Gewand-

haus. Im Anschluss laden wir zu einem Straßenfest auf den Leipziger Marktplatz. Der zweite Höhepunkt ist das Deutschlandfest am 17. und 18. August in Berlin. Hierzu sind alle Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Bundesgebiet eingeladen, in die Hauptstadt zu reisen und gemeinsam den Geburtstag unserer Partei zu feiern. Zugleich ist das Fest der Auftakt für die heiße Wahlkampfphase.

Zwischen diesen beiden Großveranstaltungen sind zudem weitere Projekte und Aktionen geplant. Allerdings wird das Jubiläumsjahr erst dann lebendig, wenn jeder Unterbezirk und möglichst viele Ortsvereine eigene Aktionen starten. Diese können vom Zeitzeugengespräch über historische Stadtrundgänge bis zum thematischen Frühjahrsempfang vieles umfassen. Um die Gliederungen bei diesen Planungen zu unterstützen, wurden zwei Leitfäden entwickelt, die zahlreiche Veranstaltungen, Aktionen und Projekte vorschlagen. Diese können

beim Parteivorstand bestellt werden. Ebenso stellt der Parteivorstand eine Ausstellung über unsere Geschichte, bestehend aus 20 Roll-Ups, zur Verfügung. Diese Ausstellung soll in jedem Wahlkreis zwei bis drei Wochen gezeigt werden.

Das Parteijubiläum bietet uns eine einmalige Chance für den vor uns liegenden Wahlkampf. Es kann die Basis für die Ansprache der Bürgerinnen und Bürger sein. Ebenso kann es dabei helfen, die örtliche Bundestagskandidatin bzw. den örtlichen Kandidaten bekannt(er) zu machen. Auch können wir aufzeigen, dass unsere sozialdemokratische Politik von Überzeugungen getragen wird, die uns über den Tag hinaus den richtigen Weg weisen. ●

KONTAKT ZUM SEKRETARIAT

„150 JAHRE SPD“:

Tel.: 030/25991303

lars.duesterhoeft@spd.de

150 JAHRE SPD

Arbeitsgemeinschaft 60plus und AWO Ortsverein Halle-West gestalten Ausstellung

Schon seit Jahren lädt der Vorstand des AWO Ortsvereins Halle-West gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren in der SPD, der AG 60plus, am Jahresanfang zu einem „Neujahrsempfang“ ein. Als inhaltlichen „Aufhänger“ wählen wir immer einen gesellschaftlichen Anlass oder den Internationalen Frauentag.

Um ein größeres Publikum zu erreichen, luden wir in den letzten Jahren in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität nach Halle-Neustadt ein.

In diesem Jahr wird der Landesvorstand der AG 60plus und der AWO Ortsverein Halle-West aus Anlass des 150-jährigen Gründungsjubiläums der SPD am 21. März um 14.30 Uhr eine Bilder Ausstellung „Mühselige und Beladene – heute“ mit Bildern des Künstlers Otto Pietzak eröffnen. Die Grundidee dieser Bilder, die Sozialkritik und Hoffnung zugleich ausdrücken, trifft nach unserer Auffassung sowohl die ewige Idee der Sozialdemokratie von sozialer Gerechtigkeit ebenso wie die der 1919 gegründeten Arbeiterwohlfahrt.

An Aktualität gewinnt dieser 21. März noch dadurch, dass vor 80 Jahren, am 23. März 1933, die SPD, vertreten durch ihren Fraktionsvorsitzenden Otto Wels, mit einer stolzen Rede vor den Reichstagsabgeordneten, soweit sie noch präsent sein konnten, gegen das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“ gestimmt hatte.

Alle Mitglieder der AWO sowie der haleschen SPD, insbesondere unsere Mitglieder der AG 60plus, die SPD-Stadtratsfraktion und der Stadtvorstand werden bereits hierdurch zur Teilnahme eingeladen.

NORWIN DORN

GEDANKEN ZUR WANDERAUSSTELLUNG

AUSSTELLUNG. Im Jahr 2013 wird die SPD zu mehreren Gelegenheiten das feiern, was sie selbst ein wenig ungeliebt „150-Jahre-Jubiläum der SPD“ nennt. Wichtig ist nämlich: Die SPD wird 2013 nicht 150 Jahre alt (das wird erst 2040 der Fall sein, wenn der Name Merkel nur noch in geisteswissenschaftlichen Oberseminaren fällt). Nichtsdestotrotz blickt die SPD mit Recht stolz auf die bewegte Geschichte der Arbeiterbewegung zurück, in der die organisierte deutsche Sozialdemokratie eine wichtige Rolle spielt.

DIE SPD wagt den Rückblick auf die eigene Vergangenheit mit berechtigtem Stolz, weil sie im Unterschied zu anderen relevanten deutschen Parteien der Gegenwart eine Geschichte aufzuweisen hat, in der weder verschiedentliche Namenswechsel notwendig waren (dieser billige Scherz sei hier zur Feier des Jahres gestattet) noch nazistische Unterwanderungsversuche mit Mühe und Not abgewendet werden mussten (siehe dazu etwa die Naumann-Krise der FDP 1952/1953) oder die Schicksale diverser konservativer Minister mit ehemals braunen Parteibüchern und entsprechender Vergangenheit (etwa Theodor Oberländer) eine größere Rolle spielten.

Ganz im Gegenteil: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich für ihre Überzeugungen diskriminieren und verfolgen lassen müssen, sie sind von Schergen verschiedener Systeme aller Schattierungen schikaniert, verhaftet, geschlagen, gefoltert und – ja, auch das gehört zur Wahrheit – sogar umgebracht worden.

FES-AUSSTELLUNG WANDERT DURCH DIE BUNDESREPUBLIK

In zwei Jahren vorbereitender Arbeit hat ein Team des Archivs der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Leitung von Kuratorin Anja Kruke eine Ausstellung produziert, die seit ihrer Eröffnung in Berlin am 12. September 2012 (hier begrüßte Bundestagspräsident Norbert Lammert die Anwesenden übrigens scherzhaft mit der Formel „Liebe Genossinnen und Genossen“) durch die Bundesrepublik tourt und mit Halle und Magdeburg auch an zwei Stationen in Sachsen-Anhalt zu besichtigen ist.

In sechs an der Zeitachse logisch gegliederten Großblöcken bietet die Ausstellung sogar mehr als 150 Jahre sozialdemokratischer Geschichte (da sie bereits im Umfeld der bürgerlichen Revolution von 1848 ansetzt). Sie tut dies auf übermannshohen Informationstafeln, die Paravents ähneln. Besonders wohltuend fällt aber ins Auge: Kaum eine der Tafeln wirkt überfrachtet, im Regelfall wird

ein zentraler Text durch zahlreiche Bilder und kürzere Exkurse ergänzt. Insgesamt drei Medienstationen bieten zudem die Möglichkeit, sozialdemokratische Geschichte in Tondokumenten und in bewegten Bildern nachzuerleben – insbesondere die beklemmenden Zeugnisse aus der Endphase der Weimarer Republik flößen hier Ehrfurcht ein.



Der stellvertretende SPD-Stadtvorsitzende Lukas Balsler vertieft sein Wissen über die Sozialdemokratie (Foto: Andrej Stephan).

Die Ausstellung verschweigt nicht, dass es auch in der Geschichte der SPD Phasen erregten Streites und sehr an den Zeitgeist angepasster Positionierungen gab. Um einige dieser Klippen schiffte die Ausstellung denn auch eher mühsam – besser: glättend – herum, etwa um die abwägende Diskussion der Frage, inwiefern die Mehrheitssozialdemokratie 1918/1919 eine ‚echte‘ (proletarische) Revolution zugunsten der Etablierung einer bürgerlich-parlamentarischen Republik verhindert hat (und in welcher fragwürdigen Bündnissen, zu welchem Preis sie das tat) – die Fachwissenschaft wird von solchen Themen bis heute gefesselt.

KRITIK – ALLENFALLS IN DETAILFRAGEN

Kritische Geister mögen zugleich bemängeln: Noch etwas mehr Medieneinsatz und auch einige Exponate ‚zum Anfassen‘ kann eine Ausstellung selbst bei derart in die Jahre gekommenen ‚Gegenständen‘ vertragen (sonst drängeln sich im Ernstfall viele, erschöpft von der Flut reiner Texte und Bilder, auf der Suche nach Zerstreuung um die Medienboxen). Hier und da ist sicherlich auch etwas mehr Tiefgang jenseits der – gerade innerhalb der Partei – sattsam bekannten Großerzählungen von

>> von Andrej Stephan, *blick.punkt* goldenen (und folglich auch weniger goldenen) Tagen wünschenswert. Insbesondere über die Debatten um die Ausrichtung der Partei vor dem Godesberger Programm huscht die Ausstellung für den Geschmack des Autors etwas zu rasch hinweg, wie es auch eher vereinfachend ist, die – fraglos sensationelle Ostpolitik Willy Brandts – als „Legende(n)“ so sehr in den Vordergrund zu rücken, dass die Bewältigung der innenpolitischen Krisen unter Helmut Schmidt einen eher drögen Charakter erhält. Gerade für nicht der Partei angehörige Besucherinnen und Besucher wäre es vermutlich interessant gewesen, noch mehr über die Organisationsvielfalt der SPD zu erfahren, über ihre Arbeitsgemeinschaften, über ihr Wirken in den Ländern und in der Kommunalpolitik.

Sicherlich: Solche Sichtweisen sind so genannte Geschmackssachen. Immerhin gelingt es den Ausstellungsverantwortlichen durch ihr Konzept und auch durch ihre Erzählweisen, politische Bildung zu präsentieren, ohne sie in aufdringlicher Weise zu überfrachten. Die Ausstellung informiert, sie regt zu tieferer Beschäftigung und zu Diskussionen an – und mehr kann und soll sie auch gar nicht leisten, ein solches Ergebnis ist ehrenwert genug. Zu sehen ist die Ausstellung in Halle (Saale) vom 7. bis 16. Februar, das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet währenddessen mehrere geführte Besichtigungen an.

Wer mehr wissen und vielleicht noch mehr in (mindestens) 150 Jahren Sozialdemokratie schmökern möchte, der oder dem sei erstens der von Anja Kruke und Meik Woyke herausgegebene Begleitband zur Ausstellung empfohlen. Zweitens hat die Historische Kommission der SPD Sachsen-Anhalt ein Heft zu 150 Jahren Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt erstellt, das ebenfalls zur anregenden Lektüre inspirieren könnte. Drittens und letztens ist viel Wissenswertes zur schönsten, klügsten, lernfähigsten und – ja, auch das – zur mit Abstand ältesten Partei Deutschlands geballt unter www.seit1863.de zu erfahren. ●



Ausstellungseröffnung in Magdeburg durch Katrin Budde, Andreas Schmidt und Astrid Becker (Foto: Chris Henze).



Die SPD in der Bundesrepublik – Informationsfülle (Foto: Andrej Stephan).



Die Zukunft der SPD – eher bildlastig (Foto: Andrej Stephan).



Würdigung auch des Unbequemen – Wahlplakat Peter von Oertzens (Foto: Andrej Stephan).



Medienboxen laden zur Vertiefung des Erfahrens ein (Foto: Andrej Stephan).

Ort (8. bis 16. Februar 2013):

Volkspark Halle, Schleifweg 8a, 06114 Halle

Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Fr – 10 bis 12 Uhr
Di, Do, Sa – 14 bis 16 Uhr

Eintritt frei

<http://www.geschichte-der-sozialdemokratie.de/wanderausstellung>

GERECHTES & SOLIDARISCHES MITEINANDER

BUNDESTAGSWAHL 2013. „Den Menschen verpflichtet, in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus, mit Sinn für Realität und mit Tatkraft stellt sich die deutsche Sozialdemokratie in der Welt des 21. Jahrhunderts ihren Aufgaben“, heißt es im Hamburger Programm. Und so setzen wir Sozialdemokraten/-innen uns für eine gerechte Gesellschaft ein, die all ihren Mitgliedern soziale Teilhabe ermöglicht – seit nunmehr 150 Jahren.

>> von Karamba Diaby, Bundestagskandidat für den Wahlkreis 72

LIEBE Parteifreunde/-innen, die anstehende Bundestagswahl ist eine Richtungswahl. Die Bürger/-innen unseres Landes haben die Möglichkeit zu entscheiden: Wollen wir weiterhin eine Regierung, die ihre Entscheidungsunfreudigkeit lediglich dann überwindet, wenn sie einzelnen Gruppen Steuer- oder Wahlgewinne zuschanzen kann? Eine Regierung, die Armutsberichte frisieret, um sich dann entspannt in ihrem neoliberalen Schaukelstuhl zurückzulehnen? Oder wollen wir eine Regierung, die sich den zunehmenden sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft entgegenstellt? Eine Regierung, die – auch eigene – Fehler und Fehlentwicklungen klar benennt, offensiv damit umgeht und Verbesserungsvorschläge erarbeitet? Unser gemeinsames Ziel für die Wahl des 18. Deutschen Bundestages muss die Ablösung der schwarzgelben Regierung sein. Denn unabhängig davon, wo ich mit den Bürgern/-innen ins Gespräch komme, wird immer eines deutlich: Die Menschen in unserem Land blicken sorgenvoll auf die Entwicklungen in Deutschland und Europa. Sie haben ein Gespür dafür, dass die sozialen Spannungen und Ungerechtigkeiten zunehmen. Und sie betonen immer wieder, dass sie in die derzeitige Regierung kein Vertrauen setzen, dass sie ihr die Lösungsfähigkeit absprechen und dass sie das Merkelsche Hin und Her leid sind.

Noch bewahrt der starke ‚Wirtschaftsanker‘ Deutschland das europäische Schiff davor, steuerlos aufs offene Meer hinausgetrieben zu werden. Aber niemand kann uns garantieren, dass die strukturelle Krise, in der sich nicht nur die Euro- und Finanzwelt, sondern auch die Europäische Union befindet, nicht auch auf Deutschland übergreift. Umso wichtiger ist es, dass wir uns endlich auf den Weg machen, die Probleme auf nationaler und internationaler Ebene offensiv anzugehen. Denn wenn sich das Schiff losreißen sollte, werden wir alle die Auswirkungen spüren. Um das zu verhindern, müssen wir im Wahlkampf vor allem herausstellen, dass wir als SPD dazu in der Lage sind, Lösungen anzubieten. Und den Grundstein unserer Politik bildet der Bereich Bildung.

BILDUNGSPOLITIK: DIE GESTALTUNG DER ENTWICKLUNGSCHEITEN UNSERER KINDER UND JUGENDLICHEN IST UNSERE ERSTE PFLICHT!

Aufgrund meiner vielfältigen Erfahrungen bin ich überzeugt davon, dass gesellschaftliche Teilhabe nur möglich ist, wenn Menschen die Chance bekommen, ihre Fähigkeiten und Talente herauszustellen und ihre Potenziale auszuschöpfen. Diese Potenziale müssen wir nutzen, denn wir profitieren davon als Gesellschaft insgesamt! Und dann frage ich uns, wie wir es bspw. zulassen können, dass jährlich 150.000 junge Erwachsene das Bildungs- und Ausbildungssystem ohne einen Abschluss verlassen? Und das, obwohl wir wissen, wie wichtig der Schul- und der Berufsabschluss für den Eintritt ins Arbeitsleben und die Persönlichkeitsentwicklung jedes Einzelnen sind!

Auch deswegen werde ich mich dafür einsetzen, dass in Bildungsfragen der Bund künftig wieder eng mit den Ländern zusammenarbeiten darf, denn wir benötigen massive Investitionen in diesem Bereich, wenn wir die Zukunftsaussichten der aufwachsenden Generationen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes aufrecht erhalten wollen. Unter Beibehaltung des Prinzips der Bildungshoheit der Länder bin ich der Auffassung, dass das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufgehoben werden muss. Es muss dem Bund wieder ermöglicht werden, die Länder dauerhaft finanziell in den Bereichen Bildung und Wissenschaft zu unterstützen. Mit Hilfe von Förderprogrammen sollte der Bund zudem Schwerpunkte bei der Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe „Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems“ setzen. Die Leitidee der Chancengerechtigkeit muss unser Handeln bestimmen.

ARBEITS- UND SOZIALPOLITIK: DIESE BEIDEN BEREICHE GEHEN HAND IN HAND!

Eine aktuelle Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeigt, dass das Wohlstandsgefälle in Deutschland beständig wächst. Die Armutsgefährdungsquote kletterte bundesweit auf 15,1 Prozent.

Schuld daran sind u. a. Gesetze, die Niedrig(st)löhne ermöglichen, sowie Versäumnisse bei der Bildungspolitik. Das Fehlen eines Mindestlohns führt zudem dazu, dass inzwischen sechs Millionen Menschen in Deutschland für weniger als acht Euro in der Stunde arbeiten. Darüber hinaus ist jede zweite Neueinstellung in Deutschland zeitlich befristet. Junge Menschen bekommen trotz guter Ausbildung keinen sicheren Job.

Wir Sozialdemokraten/-innen sind in der Pflicht, die weitere Öffnung der Schere zwischen ärmeren und reicheren Haushalten zu verhindern, denn dies gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Im Zentrum unserer Arbeits- und Sozialpolitik müssen demnach u. a. folgende Punkte stehen: Zuerst müssen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von (mindestens) 8,50 Euro pro Stunde einführen. Zudem müssen wir den Missbrauch der Zeitarbeit sowie die Ausweitung von Honorarverträgen als „Umgehungslösung“ für reguläre Arbeitsverhältnisse einschränken. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ heißt aber auch, Frauen im Erwerbsarbeitsleben gleichzustellen. Dazu gehört darüber hinaus, dass wir eine moderne Familienpolitik umsetzen, damit Frauen auch die Chance haben, Beruf und Familie zu vereinbaren und sich nicht zwischen diesen beiden Aspekten entscheiden müssen.

Liebe Parteifreunde/-innen, dies sind zwei zentrale Politikbereiche, für die ich stehe und für die ich mich in Berlin stark machen werde. Deshalb habe ich sie an dieser Stelle angesprochen. Gern lade ich Euch dazu ein, intensiver mit mir darüber ins Gespräch zu kommen. ●



BILD: SPD-RATSFRAKTION

INTERNATIONALER ABEND

Liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde,

ich möchte die Möglichkeit nutzen, Euch bereits jetzt auf eine erste Veranstaltung im Rahmen unseres Wahlkampfes aufmerksam zu machen. Bitte merkt Euch unbedingt Samstag, den 16. März 2013 vor! An diesem Tag möchte ich mit Euch und weiteren Gästen gemeinsam einen international ausgerichteten kulturellen und kulinarischen Abend verbringen.

Diese Veranstaltung soll unter anderem dazu dienen, verschiedene Personenkreise aus den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen unseres Wahlkreises zusammenzuführen und sie für meinen Wahlkampf zu gewinnen, damit sie mich z. B. personell und/oder finanziell unterstützen. Aber vor allem soll dieser Abend auch dazu dienen, uns alle für die kommenden, sicherlich anstrengenden, aber auch spannenden Monate zu motivieren.

Die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung hat dankenswerterweise unser Genosse Stephan Dorgerloh, Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, übernommen. Als prominenten Gast dürfen wir zudem (hoffentlich) Aydan Özoguz, stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende, begrüßen.

Die Veranstaltung findet im „Volkspark“ statt und beginnt 19 Uhr. Ich bitte Euch, mir vorab per E-Mail (info@karambadiaby.de) unbedingt mitzuteilen, ob Ihr kommt und wenn ja, ob allein oder in Begleitung. Das erleichtert meine Planungen für den Abend. Ich freue mich auf Euch und hoffe auf Eure Unterstützung!

KARAMBA DIABY

ORTSVEREIN HALLE-SÜD ZIEHT BILANZ

OV HALLE-SÜD. Vorstandswahl ohne Überraschungen: Der SPD-Ortsverein Halle-Süd hat auf seiner Januarsitzung Bilanz der letzten beiden Jahre gezogen und einen neuen Ortsvereinsvorstand gewählt.

>> von Burkhard Feißel, Vorsitzender des Ortsvereins Halle-Süd

NEBEN der inhaltlichen Arbeit zählen die Gesprächsrunde mit dem Verein Astronomische Station „Johannes Kepler“ Halle-Kanena e.V., der Besuch des inzwischen fertiggestellten Kinderspielparadieses „Arche Noah“ sowie ein Informationsabend beim Polizei-Revierkommissariat Halle-Süd zu den Höhepunkten der letzten zwei Jahre. Traditionell veranstaltete der Ortsverein ein Sommerinterview, bei dem Burkhard Lischka und Dr. Katja Pähle auf dem ‚heißen Stuhl‘ Platz nahmen. Die Kontakte zu den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Ammendorf konnten intensiviert werden. Hier – so denken wir – wird die SPD inzwischen als primärer kommunalpolitischer Ansprechpartner wahrgenommen.

In den Ortsvereinsitzungen konnten unter anderem Vertreter der Freiwilligenagentur begrüßt werden, um über ehrenamtliche Arbeit

in den Stadtteilen zu diskutieren. Lange bevor es andere taten, hat der Ortsverein gemeinsam mit Bernhard Rothe das Für und Wider der Kennzeichnungspflicht für Polizisten



Andreas Tillgner, Edelgard Scherzberg, Oliver Hartung, Burkhard Feißel, Jürgen Scherzberg, Michael Zeidler, Gerd Angermann, Maria Schuster (von links nach rechts, Bild: Stefan Suchantke).

tinnen und Polizisten abgewogen. Das wesentliche Ziel für die nächsten Monate ist klar abgesteckt: Abbau der Defizite bei der Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen im Süden von Halle, dann werden auch wieder bessere Wahlergebnisse als in

den vergangenen Jahren eingefahren. So will der Ortsverein seinen Beitrag leisten, dass Dr. Karamba Diaby unsere Stadt mit einem Direktmandat im Bundestag vertritt. So will der Ortsverein bei der Landtagswahl 2016 wieder um die meisten Erststimmen im Süden der Stadt kämpfen. Und so will man auch mit vielen engagierten Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl im Sommer 2014 Mandate im Stadtrat erringen. Hier gibt es übrigens auch eine klare ‚Ansage‘: „zwei plus x“

In der anschließenden Neuwahl des Vorstandes wurde Burkhard Feißel erneut zum Vorsitzenden gewählt. Als stellvertretender Vorsitzender fungiert Oliver Hartung. Dem Vorstand gehören weiterhin Edelgard Scherzberg als Schatzmeisterin sowie Maria Schuster, Jürgen Scherzberg und Gerd Angermann als Beisitzer an. Andreas Tillgner und Michael Zeidler übernehmen die Funktion der Revisoren. ●

FRAU MINISTERIN, ÜBERNEHMEN SIE!

LANDTAGSFRAKTION. In Halle ist es bereits in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen, dass unsere Martin-Luther-Universität erneut vor weitreichenden Strukturveränderungen steht. Hintergrund ist ein finanzielles Defizit der Universität, das im Moment nur durch die Mittel des Hochschulpaktes ausgeglichen wird. Sollte die MLU zukünftig weniger Studierende ausbilden oder aber der Hochschulpakt über 2020 nicht verlängert werden, fehlen der Universität rund 6,5 Mio. Euro pro Jahr. Die Diskussion in Halle zeigt ein allgemeines Problem der Hochschulstruktur in unserem Bundesland auf. Die vorhandene Struktur ist noch nicht zukunftssicher und eine erneute Diskussion über Profile und Strukturen muss jetzt dringend begonnen werden.

AKTUELL gehen rund 60 % der Mittel aus dem Einzelplan Wissenschaft und Forschung an die Hochschulen unseres Landes. Mit rund 30 % werden die Forschungseinrichtungen und -gesellschaften finanziert. Hier gibt es keinen Raum für mehr Geld für unsere Hochschulen. Daher muss nun endlich in Sachsen-Anhalt eine breit angelegte Diskussion erfolgen über das, was wir für unsere Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen wollen. Worin besteht das Landesinteresse und was muss dementsprechend finanziert werden? Und kaum ein Zeitpunkt ist für diese Diskussion geeigneter als das Jahr 2013.

Zum einen, weil in diesem Herbst der Evaluationsbericht des Wissenschaftsrates zu erwarten ist. Dieser Bericht wird die Stärken und die Schwächen unserer Hochschulen aufzeigen. Zum anderen müssen in diesem Jahr die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen neu ausgehandelt werden. Hier geht es um die Zielbestimmung für die Hochschul-

>> von Katja Pähle, MdL, Sprecherin für Wissenschaftspolitik der Landtagsfraktion

entwicklung der kommenden Jahre. Damit ist der ideale Zeitpunkt da, um mit wissenschaftlich fundierten Zahlen und Aussagen in die Verhandlungen über die zukünftigen Strukturen an allen Hochschulen im Land zu treten.

Ein wesentlicher Bestandteil der Verhandlungen wird dabei die leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) sein. Und diese müssen meiner Meinung nach intensiv diskutiert werden. Waren die Indikatoren der LOM bisher darauf ausgerichtet, einfache Vergleiche zwischen den Hochschulen zu ermöglichen und insbesondere die Forschungsleistungen zum Merkmal von Leistung zu machen, sollten zukünftige LOM-Indikatoren meiner Meinung nach den Bereich Lehre und Studium viel stärker gewichten. Nicht allein die Zahl der Studienanfänger ist hier entscheidend, sondern in welcher Qualität kann das Studium absolviert werden. Dazu zählen dann eben auch die Einbeziehung der studentischen Evaluationen von Lehrveranstaltungen,

das Dozenten-Studenten-Verhältnis, das Angebot von Sprechstunden, die Anwesenheit von Dozenten in Veranstaltungen etc.

Dieses Umsteuern ist deshalb aus meiner Sicht so wichtig, weil die Konzentration auf die Qualität der Lehre momentan dafür sorgt, dass unsere Hochschulen bundesweit bei den Studierenden gefragt sind. Sie kommen nicht nach Sachsen-Anhalt, weil hier so viele exzellente Forschungsleistungen erbracht werden. Bleiben die Studierenden aber aus, gerät unser Hochschulsystem in eine sehr schwierige Lage. Das Land kann die ausbleibenden Hochschulpaktmittel nicht ersetzen. Deshalb muss die Ministerin Wolff von vielen, und zwar öffentlich, aufgefordert werden, sich diesen Diskussionen zu stellen. Sie kann nicht wie bisher solche Entscheidungen, wie zuletzt an der MLU, unter dem Schlagwort der „Hochschulautonomie“ abtun und sich selbst auf das Nichtstun konzentrieren. ●

† IN MEMORIAM

DR. PETER STRUCK (1943-2012)

„Auf meinem Grabstein soll nur Peter Struck stehen – das reicht.“

Das waren die letzten Worte Peter Strucks in einem Interview mit dem „vorwärts“ im vergangenen Dezember. Die Nachricht vom Tod Strucks überraschte die Öffentlichkeit, meinte man doch, dass ihm der Rückzug auf Raten, auch zugunsten seiner in den rot-grünen Jahren angeschlagenen Gesundheit, gut tun würde. Wenige Tage vor seinem Tod wurde er erneut an die Spitze der Friedrich-Ebert-Stiftung (seit 2010) gewählt.

In Erinnerung wird Struck als kauziger und direkter Politiker bleiben (in Bezug auf die Merkel-CDU: „Die kann mich mal!“), der die Bundestagsfraktion nach Herbert Wehner, Erich Ollenhauer und Hans-Jochen Vogel am längsten führte. Obwohl Struck keineswegs wollte, wurde er Verteidigungsminister (2002-2005) und schied dann nur schweren Herzens aus dem Amt. Die Worte, die der Generalinspekteur der Bundeswehr a. D., Wolfgang Schneiderhan, bei der Trauerfeier für seinen „Freund Peter“ fand, belegen, dass dies auf Gegenseitigkeit beruhte. Struck, der gerne Parteisoldat war, bestimmte seinen Abschied selbst und kandidierte 2009 nicht mehr für den Bundestag.

Wie sehr ihm daran lag, Abstand zur Politik zu gewinnen, zeigt seine uneitle Antwort auf eine Interview-Anfrage des „blick.punkt“ (April 2010): „... danke für die Anfrage. Habe mich aber entschlossen, in der nächsten Zeit keine Interviews zu geben. Bitte um Verständnis. Gruß Peter Struck“. Peter Struck wäre am 24. Januar 2013 70 Jahre alt geworden.

MARCUS SCHLEGELMILCH

Link zum Interview:
http://www.vorwaerts.de/Parteien/Gelebte_Politik/

ROT-GRÜNER OB-WAHLKAMPF

EIN ERFOLGREICHES KARLSRUHER EXPERIMENT

KARLSRUHE. Von dieser Ausgabe an wollen wir einen Blick über die Stadtgrenzen hinaus werfen und Genossinnen und Genossen zu Wort kommen lassen, die in anderen Städten mit Erfolg sozialdemokratische Politik machen. Den Auftakt macht die SPD Karlsruhe, die gerade eine erfolgreiche OB-Wahl hinter sich hat.

>> von Parsa Marvi, SPD-Kreisvorsitzender Karlsruhe und Bundestagskandidat

In Karlsruhe waren am 2. Dezember 2012 knapp 220.000 Wählerinnen und Wähler zur Entscheidung über ein neues Stadtoberhaupt aufgerufen. Der amtierende Karlsruher OB Heinz Fenrich (CDU) trat aus Altersgründen nicht mehr an. Die SPD wagte ein Experiment mit einem Dreierbündnis – und überraschte.

Die SPD hatte den Staatssekretär im Kultusministerium Baden-Württembergs und Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Ettlingen, Dr. Frank Mentrup, der seit mehreren Jahren mit seiner Familie in Karlsruhe lebt, als OB-Kandidaten nominiert. Die CDU schickte ihren Kreisvorsitzenden, den Bundestagsabgeordneten und KSC-Präsidenten Ingo Wellenreuther, ins Rennen. Frank Mentrup wurde darüber hinaus von den Karlsruher Grünen nominiert und von der unabhängigen Wählergemeinschaft Karlsruher Liste unterstützt. Später sprachen sich auch die Karlsruher Piraten für Frank aus und verzichteten auf eine eigene Kandidatur.

ÜBER DEN TELLERRAND HINAUSBLICKEN

Soweit könnte man das Ganze objektiv als nüchterne Wahlkampfauseinandersetzung um die Frage, wer künftig am besten die Stadt regieren kann, auffassen. Doch einige Besonderheiten brachte diese Karlsruher OB-Wahl mit sich.

Karlsruhe ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität, überregional bekannter Spitzenuniversität und einer sehr guten Beschäftigungssituation bei einer Arbeitslosenquote von vier Prozent. Die demografischen Prognosen deuten auf ein weiteres Bevölkerungswachstum mit gleichzeitig guter Altersdurchmischung hin. Für sich genommen gibt es viele positive Entwicklungen in der noch nicht einmal 300 Jahre alten nordbadischen Metropole, die von ihrer Lage sowie ihrer großen Forschungstradition bis heute profitiert. Gleichzeitig gibt es eine enorme hohe Bevölkerungsfuktuation in der Stadt: In den letzten zehn Jahren sind mehr als 450.000 Menschen über die Stadtgrenzen zu- und fortgezogen; rechnerisch wurde die Bevölkerung damit quasi zu drei Vierteln ausgetauscht.

Seit 1970 wurde die Stadt ununterbrochen von Oberbürgermeistern mit CDU-Parteibuch regiert. Nun

aber sanken in der Karlsruher Bevölkerung zunehmend Euphorie und Vertrauen für eine weitere Verlängerung dieser CDU-Ära. So musste die CDU gegenüber der Gemeinderatswahl 1999 in Karlsruhe beim Wahlergebnis 2009 einen Einbruch um 15,6 Prozentpunkte auf 28,2 Prozent verkräften.

Insbesondere wurde die Fähigkeit vermisst, mit Weitsicht und Empathie über die eigenen Stadt- und Tellerränder hinausblicken zu können und Karlsruhe einen positiven, überregionalen Bekanntheitsgrad neben seinem Wissenschaftsprofil zu verschaffen. Nur unzureichend ist die Stadtpolitik auf Fragestellungen, wie die nach einer gemeinsamen Identität von gebürtigen Karlsruhern und Zugezogenen oder nach einer koordinierten Beziehung zwischen Stadt und Umland, eingegangen. Auch wuchs in der Karlsruher Bevölkerung angesichts des massiven Umbaus der Karlsruher Innenstadt mit der „Kombilösung“ und großer städtebaulicher sowie verkehrlicher Projekte das Bedürfnis nach einer klugen Stadtführung, die vor allem auch in der Lage sein muss, gegensätzliche Interessen zu moderieren und die Stadtentwicklung nachhaltig, transparent und visionär zu steuern.

„Zuhören. Verbinden.
Gestalten.“

CDU KARLSRUHE BOT KEIN GUTES BILD IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Der Kontrast bei den Nominierungsverfahren für die OB-Kandidaten von SPD und CDU konnte nicht größer sein. Während die SPD auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung in voller Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und mit absoluter Fairness die Wahl zwischen Frank Mentrup und dem Karlsruher Sozialbürgermeister Martin Lenz entschied, spielte sich bei der CDU Karlsruhe ein in der Öffentlichkeit und Presse äußerst negativ bewertetes Machtspiel ab. So steuerte Ingo Wellenreuther in seiner Funktion als CDU-Kreisvorsitzender ein Verfahren, bei dem seiner Gegenkandidatin Margret Mergen und ihm selbst keine Gelegenheit zu einer Vorstellungsrunde vor der ei-

gentlichen Nominierung gegeben wurde. Auch führten Masseneintritte in die CDU mit einer öffentlich bekannt gewordenen Zahl von 400 kurz vor der Nominierung innerhalb der CDU-Mitgliedschaft zu einer hohen Verunsicherung.

ROT-GRÜN PLUS: GEMEINSAM FÜR DEN WECHSEL IM KARLSRUHER RATHAUS

Während Frank Mentrup mit seinem strategischen Dreierbündnis Rot-Grün-KAL mit dem Slogan „Zuhören. Verbinden. Gestalten.“ warb und damit insbesondere einen Neubeginn der politischen Kultur in der Stadt ohne dominierende Netzwerke einforderte, setzte Ingo Wellenreuther voll auf seine Karlsruher Wurzeln mit dem Slogan „Leidenschaft für Karlsruhe“.

Durch die starke Polarisierung der beiden Spitzenkandidaten gingen die Kandidaten kleinerer Parteien (Freie Wähler, Linke) beim OB-Wahlergebnis deutlich unter. Dennoch war es für alle Beteiligten eine Riesenerberraschung, dass sich Frank schon im ersten Wahlgang mit 55 Prozent durchsetzen konnte und Herrn Wellenreuther mit einem Abstand von 20 Prozentpunkten hinter sich deklassierte. Nach dem Ende von 42 Jahren CDU an der Karlsruher Rathauspitze kann man getrost von einem Epochenbruch in der halle-schen Partnerstadt sprechen.

Ein von SPD, Grünen und weiteren Partnern getragenes gemeinsames Wahlkampfeszenario bereits im ersten Wahlgang hatte es in einer Großstadt so noch nie gegeben – es ist Neuland. Es erforderte einen OB-Kandidaten, der überparteilich mit Sympathie und Überzeugungskraft bei den sozialen, ökologischen und linksliberalen Wählergruppen punkten konnte. Nun haben gerade wir Sozialdemokraten im inzwischen grün-roten Südwesten aus diesem Wahlerfolg Mut und Optimismus für die Zukunft mitgenommen und eine Menge gelernt. ●

Weitere Informationen unter:
<http://www.spd-karlsruhe.de>



STEFAN SUCHANTKE

Es waren Interesse an Politik, Eindrücke aus dem OB-Wahlkampf und Sympathie zu führenden SPD-Politikern der Vergangenheit, die den 1978 in Halle geborenen Diplom-Finanzwirt vor kurzem zur SPD führten.

Wie hat er die SPD in Halle vor seinem Eintritt wahrgenommen? „Ehrlich gesagt nur bedingt, wenn überhaupt im Zusammenhang mit unserer ehemaligen OB und dann vielleicht noch Katja Pähle – jedenfalls wenig was Inhalte betrifft.“ Ein Eindruck, der zumindest stützt, was zuletzt Ausgangspunkt für die Strategiediskussion war.

Gänzlich fremd waren dem verheiratetem Vater zweier Töchter sozialdemokratische Themen in Halle aber nicht: „Gut fand ich den Einsatz für das kostenlose Mittagessen und den Anspruch auf die Ganztagsbetreuung. Jedoch würde dieser ‚Zielgruppe‘ [jungen Familien; Anm. d. Red.] eine größere politische Lobby nicht schaden.“

Neben Finanz- und Wirtschaftspolitik interessieren den Vereinsfußballer auch der Bereich Sport sowie landespolitische Zusammenhänge. Derzeit begleite ihn „Neugier, was in der Praxis Parteilarbeit bedeutet und inwiefern man überhaupt mitgestalten kann.“

Letzte Frage: Was sind die Wünsche für die Zukunft? „Mein persönlicher Wunsch ist Gesundheit für meine Familie. Politisch ist in meinen Augen unabdingbar, dass Schulden in Kommunen und Ländern abgebaut werden und dass Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichergestellt wird. Für die Zukunft der Gesellschaft halte ich ‚Soziale Gerechtigkeit‘ und ‚Unterstützung des Mittelstandes‘ für Schlagworte.“

Vielen Dank für das Gespräch.
INTERVIEW: OLIVER HARTUNG

KONTROVERSE IM PAULUSVIERTEL

RATSFRAKTION. Mit einem offenen Brief wandten sich Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative Pro Paulus Park an den Stadtrat der Stadt Halle und an die dort vertretenen Fraktionen. Die SPD-Fraktion freut sich immer, wenn Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt geplante Bauvorhaben mit Interesse verfolgen und dazu Stellung nehmen. Selten aber wurde ein Bauvorhaben so intensiv diskutiert, wie wir es derzeit mit Blick auf die Sanierung des ehemaligen Landesverwaltungsamtes und des angrenzenden Neubaus eines Wohnhauses entlang der Robert-Blum-Straße erleben.

>> von Hanna Haupt, SPD-Stadträtin

DIE Fläche und das Gebäude des ehemaligen Landesverwaltungsamtes wurden durch das Land zum Verkauf ausgeschrieben. Die Stadt Halle (Saale) hat auf ihr Vorkaufsrecht verzichtet. Im Ergebnis eines Bieterverfahrens erhielt eine aus der städtischen HWG und einem privaten Partner gegründete Gesellschaft den Zuschlag, das Gelände zu erwerben. Deren Konzept sieht die Umnutzung des Altbaus für Wohnungen und eine Kindertagesstätte sowie den Abriss eines Nebengebäudes und eine Neubebauung auf genau dieser Fläche vor.

Zu dem Bauvorhaben hat die HWG bereits im November 2011 bei einer sehr gut besuchten Bürgerversammlung der Bürgerinitiative Paulusviertel e. V. öffentlich Stellung genommen und die ersten Pläne dazu erläutert. Seitdem ist in Gremien des Stadtrates (Planungsausschuss, Gestaltungsbeirat) öffentlich darüber

diskutiert worden. Die Presse hat darüber ausführlich berichtet. Soweit unserer Fraktion bekannt ist, werden die Pläne von den Verantwortlichen der Gesellschaft jetzt überarbeitet und konkretisiert. Eine Baugenehmigung wurde bisher jedoch nicht erteilt.

Der Bürgerinitiative Pro Paulus Park geht es im Kern um die Nutzung der Fläche hinter dem ehemaligen Landesverwaltungsamt als Park. Dafür müsste die Stadt die Fläche von der Gesellschaft erwerben, die diese inzwischen besitzt. Im Haushalt der Stadt stehen aber weder Mittel für den Flächenkauf und die Herrichtung des Grundstückes noch für eine zukünftige Pflege zur Verfügung. Da die Fläche in den letzten Jahrzehnten kein Park war, wäre sie auch nicht für den Wert einer Grünfläche zu erwerben.

Die SPD-Stadtratsfraktion begrüßt, dass mit der Realisierung des Bau-

projektes die Existenz und Nutzung des öffentlichen Spielplatzes nicht eingeschränkt wird – weist doch die Stadt Halle dem Charakter einer Großstadt entsprechend im Paulusviertel eine dichte Bebauung auf. Zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels sind – oft erst nach 1990 – in vollem Bewusstsein dieser Tatsache in dieses Viertel gezogen, denn dieses Viertel strahlt eine überaus große Attraktivität aus. Die Nachfrage an Wohnraum ist gerade hier überdurchschnittlich.

Im Gegensatz zur Bürgerinitiative Pro Paulus Park ist die SPD-Stadtratsfraktion daher der Auffassung, dass die Umnutzung des ehemaligen Regierungspräsidiums für Wohnraum und Kindertagesstätte sowie der Neubau eines Wohngebäudes die überzeugendste Lösung darstellt. Die Attraktivität des Paulusviertels wird darunter nicht leiden. ●

ALS ZEITZEUGIN ZU GAST IN BAYERN

BERICHT. Zwischen 1992 und 1998 beschäftigten sich zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihren Folgen für die deutsche Einheit. Danach verabschiedete der Bundestag das Gesetz über die Errichtung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, um die Auseinandersetzung mit dieser zweiten deutschen Diktatur dauerhaft anzuregen und zu unterstützen.

>> von Petra Hoffmann, Schriftstellerin

IM Herbst 1998 nahm die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ ihre Arbeit auf. 2009 richtete die Stiftung gemeinsam mit der Bundesregierung und den Bundesländern ein Online-Zeitzeugenportal (www.zeitzeugenbuero.de) ein, um mit dessen Hilfe Zeitzeugen der SED-Diktatur sowie der deutschen Teilung mit jungen Menschen zusammen zu bringen, die diese Zeit nicht mehr aus eigenem Erleben kennen.

Zentrales Anliegen des Zeitzeugenbüros ist es, Schulen und außerschulische Einrichtungen der historisch-politischen Bildungsarbeit in ihrer Vermittlung aktiv zu unterstützen. Plattform dafür ist das Zeitzeugenportal, auf dem Zeitzeugen der Geschichte ein Gesicht geben können. Deutschlandweit können auf diese Weise Zeitzeugen und ihre Biografien recherchiert und über ein Kontaktformular direkt für Veranstaltungen wie Vorträge, Diskussionen und Gespräche angefragt werden.

Außerdem werden thematisch einschlägige Ressourcen angeboten, die zur Vorbereitung von Schulstunden oder Veranstaltungen zu zentralen Themen wie „Mauerbau 13. August 1961“, „Volksaufstand 17. Juni 1953“ und „Friedliche Revolution 1989/90“ geeignet sind.

Im Oktober 2009 erschien mein Buch „Von der Montagsdemo zur Demokratie – Tagebuchnotizen 1989/90“ bei „vorwärts buch“, Berlin. Seit März 2011 bin ich auf dem Zeitzeugenportal präsent und warte seitdem auf Anfragen aus Halle und Sachsen-Anhalt, doch bisher tat sich nichts.

Die erste Anfrage kam im Sommer 2012 vom bayerischen Landtagsabgeordneten und bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Güll, und am Abend des 9. November unterhielt ich mich mit ihm auf seinem „Roten Sofa“ im Bürgerbüro in Markt Indersdorf über den Mauerfall, die Demonstrationen im Herbst 1989 und die Entwicklung

in der DDR bis zum 3. Oktober 1990. Vor dem Gespräch wurde die Plakatausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“ eröffnet und ein kurzer Film über den Mauerfall gezeigt. So wurden die etwa 40 Besucher, darunter auch einige Lehrer, auf das Zeitzeugengespräch eingestimmt, in dem ich auch kurze Passagen aus meinem Buch vorlas. Zu den Fragen während des ein- und einhalbstündigen Gesprächs mit Martin Güll und den Zuhörern gehörten die nach dem Mauerfall am 9. November 1989 sowie den Runden Tischen, den Kommunalwahlen im März 1990, dem Agieren der Treuhand und meinen Erfahrungen mit der Demokratie und der deutsch-deutschen Vereinigung. Während des ganzen Gesprächs und auch danach, bei Häppchen, Wein und Wasser, herrschte eine angenehme, freundlich interessierte Atmosphäre. ●



DR.-HANS-LITTEN-STRASSE

Versteckt befindet sich im südlichen Dörlau die Dr.-Hans-Litten-Straße. Würde man in Halle (Saale), der Geburtsstadt Littens, fragen, wer besagter Doktor sei, würde man vermutlich eher fragende Blicke ernten. Am Landgericht Berlin hingegen ist zu vermuten, dass ein wissendes Lächeln auf Littens Büste oder die dortige Gedenktafel verweisen würde.

Schnell wird klar, was das Leben des 1903 geborenen Sohns eines bürgerlichen Elternhauses maßgeblich prägte: seine Gegnerschaft gegenüber dem NS-Regime sowie seine anwaltschaftlichen Vertretungen politisch Verfolgter. Letzteres trug ihm auch den Beinamen „Arbeiter-Anwalt“ ein. Zu vermuten ist, dass Littens Mutter Irmgard aufgrund ihrer Herkunft maßgeblich sein starkes Gerechtigkeitsempfinden und seinen Einsatz für Verfolgte und Entrechtete prägte.

Bekannt ist vor allem sein Engagement im „Edenpalast-Prozess“ im Jahr 1931. Litten vertrat hier in der Nebenklage vier Arbeiter, die beim Überfall dieses Tanzlokals durch ein SA-Rollkommando verletzt worden waren. Litten schaffte es, den als Zeugen befragten Adolf Hitler so in die Enge zu treiben, dass dieser völlig außer sich schrie: „Wie kommen Sie dazu, Herr Rechtsanwalt, zu sagen, da ist eine Aufforderung zur Illegalität? Das ist eine durch nichts zu beweisende Erklärung!“

Diese Blamage hat Hitler nie vergessen: Bereits am Morgen nach dem Reichstagsbrand (28. Februar 1933) wurde Dr. Hans Litten in „Schutzhaft“ genommen. Von Oktober 1937 an war Litten im KZ Dachau inhaftiert. Dort erlitt er eine Stress-Psychose, die ihn am 5. Februar 1938 in den Suizid getrieben hat.

THOMAS STIMPEL

GEWERKSCHAFTEN VOR ORT: IG METALL

INTERVIEW. Beginnend mit dieser Ausgabe sucht der „blick.punkt“ den Kontakt mit den Gewerkschaften vor Ort. Zum Auftakt ein Gespräch mit Almut Kapper-Leibe, Erste Bevollmächtigte der IG Metall-Verwaltungsstelle Halle-Dessau.

>> die Fragen stellte Marcus Schlegelmilch, blick.punkt

Mit Dir gibt es nun erstmals eine Bevollmächtigte in der hiesigen Verwaltungsstelle. Wie selten sind Frauen in dieser Position in der IG Metall (IGM)?

Es ist richtig, dass es seit 2012 nun erstmals zwei weibliche Erste Bevollmächtigte in unserem Bezirk gibt. In der IG Metall gibt es gewählte Geschäftsführungen, die im Zweierteam als Erste und Zweite Bevollmächtigte arbeiten. Erfreulicherweise hat sich in den letzten Jahren Einiges getan. Wir nähern uns dem Ziel der 30 Prozent. Die IGM fördert mit ihren Qualifizierungsangeboten Frauen, die solch ein Wahlamt belegen.

Eure Gewerkschaft lebt auch vom Engagement des Nachwuchses. Wie sieht die Mitgliederentwicklung hier in den letzten Jahren aus?

Die IGM hat bundesweit im Jahr 2012 eine sehr positive Entwicklung erlebt. Die Mitgliederzahlen wachsen auch hier in der Region, insbesondere im Jugendbereich und bei Beschäftigten aus Betrieben, bei denen wir erstmalig Betriebsratswahlen organisieren.

„Hier in der Region bleiben zu können, ist Vielen wichtiger, als so mancher denkt.“

Viele Jugendliche interessiert nach der Schule, einen guten Einstieg in die Ausbildung zu bekommen. Dabei sind wir mit Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretungen von Beginn an dabei, die Wege zu ebnen. Aber auch während der Ausbildung merken wir, dass ein guter Ausbildungsablauf und die Verzahnung mit der Berufsschule nicht selbstverständlich sind. Nach der Ausbildung möglichst im Ausbildungsbetrieb oder hier in der Region bleiben zu können, ist Vielen wichtiger, als so mancher denkt. Deshalb haben wir mit der „Operation Übernahme“ im letzten Jahr auch versucht, in unseren Tarifverträgen dazu Regelungen zu schaffen. Die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus treiben uns alle um, aber hier sind wir besonders stark mit einer AG im Jugendbereich. Auch der Austausch auf internationaler Ebene ist eines der Schwerpunktthemen.

Auffällig ist, dass bei Euch etliche Jugendliche organisiert sind, die mit der Metall-

branche nichts zu tun haben...

... das liegt sicherlich daran, dass wir frei nach dem Motto verfahren: „Wer arbeitet, soll auch feiern können!“. Nein, im Ernst: Wir versuchen, uns nicht irgendwelche Themen auszu-denken, die passen könnten, sondern Aktionen und Themen kommen von allen Beteiligten. Mit unserer inhaltlichen und politischen Arbeit, den flächendeckend funktionierenden Strukturen und einem Jugendsekretär vor Ort ist eine Menge möglich. In unserem Jugendkeller kann man sich mit viel Kreativität austoben. Das sind ideale Bedingungen, die eine offene Jugendarbeit ermöglichen.

Sind die Gewerkschaften wieder auf dem Vormarsch?

Wir hoffen es zum einen und spüren zumindest eine positive Veränderung. Viele Beschäftigte treten selbstbewusster auf. Sie kommen verstärkt auf uns zu und fragen nach, wie das mit der Wahl eines Betriebsrates geht, wie es eigentlich möglich ist, bessere und faire Bezahlung zu erreichen. Sie suchen nach Arbeitsplätzen mit besseren Arbeitsbedingungen und sind damit eher bereit zu wechseln. Wir haben gerade eine Kampagne mit dem Titel „Arbeit sicher und fair“ gestartet. Dass die Gewerkschaften dabei die richtigen Partner sind, ist inzwischen gesellschaftlicher Konsens.

Ein Kollege in der Verwaltungsstelle beschäftigt sich mit Betrieben ohne Betriebsrat. Wie genau sehen Eure Hilfestellungen aus?

Die Wahl eines Betriebsrates sollte auf der Basis des Betriebsverfassungsgesetzes erfolgen. Da gibt es Einiges zu beachten, damit die Wahl nicht anfechtbar ist und die Beschäftigten geschützt sind. Darin sind wir Experten. Sensibel ist vor allem der Erstkontakt. Oft gibt es Ängste: Wem kann man vertrauen, kann man den Arbeitgeber überzeugen, dass es eigentlich eine positive Sache für alle Seiten ist? Unser Kollege nimmt sich die nötige Zeit und entwickelt mit den Betroffenen die richtige Strategie, damit es eine erfolgreiche Wahl wird.

Wie verschaffen sich die ostdeutschen Bezirke Gehör?

Wir hatten seit 1990 viel Nachhol-

bedarf und vor allem massive Einschnitte am Arbeitsmarkt erlebt. Ganze Regionen wurden deindustrialisiert. Das hatte Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur und damit auch auf die Betriebs- und Tarifpolitik. Durch die hauptsächlich Klein- und Mittelbetriebsstruktur sind viele Dinge aufwendiger und personalintensiver. Die IGM hat eine demokratische Struktur und wir haben Möglichkeiten, um unsere Themen zu platzieren sowie diese im Rahmen von speziell auf unsere Situation zugeschnittenen, vom Vorstand geförderten Projekten zu bearbeiten.

Sachsen-Anhalt ist in einem Bezirk mit Niedersachsen zusammengefasst. Das ist nicht gerade eine gewachsene Struktur?

Das hat sich zur Zeit der Wende nun einmal so ergeben und war für das Lernen voneinander und das Kennenlernen von Vorteil. Ich habe die IGM 1992 durch Zufall als junge, arbeitslose Ingenieurin kennengelernt. Durch meine anfängliche Aufgabe in einer Arbeitsloseninitiative der IGM und später als Jugendsekretärin gab es für mich persönlich durch die Zusammenarbeit sehr schnell kein Ost und West mehr. Das relativierte sich alles.

„Dem überwiegenden Teil der Betriebe geht es gut. Die Beschäftigten erwarten einen fairen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung.“

Welche Tarifrunden stehen 2013 an und mit welchen Erwartungen geht Ihr hinein?

Gleich in mehreren Branchen sind wir mitten in den Tarifrunden: Textilbekleidungsindustrie im Osten, Holz- und Kunststoffverarbeitende Industrie, Kfz-Handwerk und in der Metallektroindustrie. Auch 2013 wird es wirtschaftliches Wachstum geben. Das heißt, die Wirtschaft ist stabil. Dem überwiegenden Teil der Betriebe geht es gut. Die Beschäftigten erwarten einen fairen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung. Höhere Löhne bedeuten auch einen Schub für den Inlandskonsum. Es wird also vorrangig ums Geld gehen. Wir diskutieren derzeit über die Höhe der Forderungen. ●

Liebe Almut, wir danken Dir für das Gespräch!



Almut Kapper-Leibe, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Halle-Dessau (Foto: IG Metall Halle-Dessau).

ZAHLEN UND FAKTEN

Der IG Metall-Bezirk Niedersachsen/Sachsen-Anhalt ist in zwölf regionale Verwaltungsstellen gegliedert, drei davon in Sachsen-Anhalt (Halberstadt, Halle-Dessau und Magdeburg-Schönebeck). Knapp acht Prozent der deutschlandweiten IGM-Mitglieder sind in diesem Bezirk organisiert. Eine besondere Herausforderung ist, dass im Bezirk zwei Bundesländer miteinander verbunden sind, die aufgrund der deutschen Teilung keine historisch gewachsene Einheit bilden.

Eine starke Prägung erhält der Bezirk durch die Automobilindustrie im südlichen/südöstlichen Niedersachsen. Mit ca. 45.000 Beschäftigten zählt die Metallindustrie in Sachsen-Anhalt zu den bedeutendsten Branchen. Die Verwaltungsstelle Halle-Dessau vertritt ca. 14.000 Mitglieder. Vor allem Klein- und Mittelbetriebe der Metallindustrie fallen in die Zuständigkeit der hiesigen Verwaltungsstelle (z. B. „Mansfelder Kupfer und Messing GmbH“ in Hettstedt, „BIS Rohrleitungsbau“ in Bitterfeld, „IMO Anlagen GmbH“ in Merseburg). Die Verwaltungsstelle befindet sich im Böllberger Weg 26. Seit verganginem Jahr ist Almut Kapper-Leibe Erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle; ihr Vorgänger war der seit 2000 amtierende Günter Meißner. Die Verwaltungsstelle Halle-Dessau wird von einem zwölfköpfigen Team getragen, neun davon haben ihren Sitz in Halle.

Nähere Informationen:
<http://www.halle.igmetall.de>

**SPD
AKTIV**



ORTSVEREINE

HALLE-MITTE

Andreas Schmidt (Vors.)
schmidt_and@web.de

HALLE-NEUSTADT

Klaus-Dieter Weißenborn (Vors.)
kdweihns@freenet.de

HALLE-NORDOST

Detlef Wend (Vors.)
wendette2@yahoo.de

HALLE-NORDWEST

Thomas Wünsch (Vors.)
thomas.wuensch@googlemail.com

HALLE-SÜD

Burkhard Feißel (Vors.)
burkhardfeissel@aol.com

STADTVERBAND

STADTVORSTAND

Katja Pähle (Vors.)
Lukas Balsler (Stellv.)
Christian Weinert (Stellv.)
Wolf-Michael Groß (Finanzer)
Oliver Hartung
Franca Mey
Claudia-Annett Preuß
Matthias Schmidt
Constanze Umlauf

GESCHÄFTSSTELLE

Stefan Will (RGF)
Adrienne Heide (Mitarb.)

KONTAKT

Adolf-Reichwein-Haus
Große Märkerstraße 6
06108 Halle (Saale)
www.spd-halle.net
rg.sued@spd.de

STADTRATSFRAKTION

VORSTAND

Johannes Krause (Vors.)
Katharina Hintz (Stellv.)
Klaus Hopfgarten (Stellv.)

GESCHÄFTSSTELLE

Andreas Schmidt
Burkhard Feißel
Stadthaus
3. Etage, Zugang über Fahrstuhl
im Innenhof

KONTAKT

Stadthaus
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)
spd.fraktion@halle.de
www.spd-fraktion-halle.de

80 JAHRE ERMÄCHTIGUNGSGESETZ

ERINNERUNG AN EINE SELBSTENTMÄCHTUNG

JAHRESTAG. In wenigen Wochen, am 23. März, jährt sich zum achtzigsten Mal die wohl einschneidendste Parlamentsabstimmung in der deutschen Geschichte: An jenem bedeutungsvollen Tag im Jahre 1933 beschloss der durch nationalsozialistische Repressionen dezimierte Reichstag das „Ermächtigungsgesetz“. Durch die „Ermächtigung“ konnte die von Hitler geführte Reichsregierung – ohne parlamentarische Zustimmung – legislativ tätig werden. Das Gesetz gab den Nazis also faktisch die rechtliche Grundlage zur Errichtung ihrer verhängnisvollen Diktatur.

>> von Marcel Thau, Redaktion blick.punkt



WIE bereits angedeutet, kam das Gesetz unter fragwürdigen Bedingungen zu Stande. Die 81 Mitglieder der KPD waren nach dem Reichstagsbrand vom Februar desselben Jahres per Gesetz von Abstimmungen des Parlamentes ausgeschlossen worden. Viele Kommunisten befanden sich ohnehin in „Schutzhaft“.

Die vermeintlich bürgerlichen Parteien, allen voran das Zentrum, stimmten der Vorlage der Nazis schließlich zu. Außerdem wurde die Geschäftsordnung eigens für den Erfolg der Abstimmung geändert, um die Beschlussfähigkeit und das

Quorum des Hohen Hauses sicherzustellen.

Am Ende war die SPD-Fraktion die einzige parlamentarische Kraft, die dem Gesetzesvorschlag die Zustimmung verwehrt. Die Worte von Otto Wels während der Debatte wurden legendär: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Aber, war die Ablehnung des Entwurfs die beste Lösung für die Demokratie? Oder hätte man mehr bewirkt, wenn man der Abstimmung einfach ferngeblieben wäre, um sie als Farce zu entlarven? Fakt ist, dass sich die Nazis vielleicht deutlicher diskreditiert hätten, wenn sie das Fehlen der Opposition als „unentschuldig“ deklariert hätten. Schon die Änderung der Geschäftsordnung, die ebenfalls in die Verfassung eingriff, wäre dann illegal gewesen.

Diese Frage ist heute freilich nur noch von historischem oder politikwissenschaftlichem Wert. Das Gesetz wurde beschlossen. Seine Folgen sind bekannt. Man sollte sich dieser Abstimmung jedoch immer erinnern, stellt sie doch die beispiellose Selbstentmachtung eines Parlamentes dar, die nie wieder geschehen darf.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Die SPD kann als historisches Erbe reklamieren, als einzige Partei unter Androhung drakonischer Strafen die Würde der Parlamentarier bewahrt zu haben. Darauf kann unsere Partei bis heute mit Recht stolz sein. ●

„WARMDUSCHER“ NICHT REGELKONFORM

SPORT. „Schwulsein ist nicht schlimm“, titelt die taz anlässlich einer Studie der Berliner Humboldt-Universität zu Homophobie – oder Homophobie – Gedankengut an Berliner Schulen. Zwei Drittel der Berliner Schüler verurteilen es, wenn Schwule gehänselt werden, gar 80 Prozent tolerieren gleichgeschlechtliche Liebe. Also alles schick? Nicht ganz. Deutschlands Volkssport Nummer eins darf bis heute als gänzlich homofreie Zone gelten.

>> von Christian Weinert, Redaktion blick.punkt

EGAL ob Politik, Showgeschäft oder im alltäglichen Beruf: Wer heute fürchtet, mit einem homosexuellen Outing zum tagelangen Gesprächsstoff zu werden, könnte eher eine angenehme Überraschung erfahren. Homosexualität ist mittlerweile in weiten Teilen der Gesellschaft toleriert, eine gute Nachricht für Betroffene, eine wohltuende Erkenntnis für unser Land. Bei aller Akzeptanz können sich Skeptiker dieser Entwicklung, die jenes gleichstellende Gedankengut als verweichelnde Botschaft oder gar Zusammenspiel von Sodom und Gomorra betrachten, entweder in die katholische Kirche flüchten – oder ins nächste Fußballstadion.

In gänzlich – oder vermeintlich – schwulensicherer Zone versammeln sich dort tausende Kommentatoren des fußballerischen Geschicks und üben sich in bildlicher Sprache. Wer die Schwalbe des gegnerischen Spielers mit einem „Schwuchtel“ zusammenfasst, darf sich von weiten Teilen des Blocks verstanden wissen

und wird mit Anerkennung belohnt. Dabei geht es nicht darum, dem fußballbegeisterten Stadionbesucher per se Homophobie zu unterstellen. In kaum einem anderen Lebensbereich treffen aber derart viele Begrifflichkeiten aus der „schwulen Welt“ zusammen wie beim Fußball.

Wer als begeisterter schwuler Fußballer derartigen Zuschreibungen entgegen will, wechselt gerade noch rechtzeitig die berufliche Perspektive oder wird im Zweitjob Schauspieler. Ein doppelzüngiges Leben aus aggressiven und groben sportlichen Szenen paart sich dann mit einem öffentlich heterosexuell gespielten Leben – und einer zurückgezogenen, verborgenen und bisweilen unterdrückten Privatsphäre. Eine gedankliche Spinnerei?

Im Sommer des letzten Jahres veröffentlichte der „fluter“, das Jugendmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung, ein Interview zwischen einem anerkannten Journalisten aus der Schweiz und einem namhaften – in der Öffentlichkeit

weithin bekannten – Fußballprofi, der sich zu seiner Homosexualität geäußert hat. Selbstverständlich anonym und doch – so die eidesstattliche Erklärung des Journalisten – real.

„Ich würde leugnen, ganz klar“, äußert der Spieler auf die Eingangsfrage, wie er reagieren würde, wenn er auf das Thema angesprochen werden würde. Die Angst ist real, doch worin ist diese begründet? Wo Warmduscher, Schwuchtel, Weichei und schwule Sau zum akzeptierten und gängigen sprachlichen Repertoire in den Stadien mutieren, hält sich der Wunsch, aus dem ‚eingespielten Ich‘, zu verschwinden, in engen Grenzen. Dabei sind nicht die Mitspieler Grund des Leugnens, das bestätigt der Interviewte selbst. Der wahre Grund wartet hinterm Zaun – der Fan.

Paradoxe Weise entwickelt der Spieler jene Toleranz für die Fans, die er eigentlich selbst einzufordern hätte. Weil in aufgeheizten Stimmungen nur das Kleinhirn arbeite und jegliche Toleranz somit schwindet,

müsse derlei Sprachgebrauch eben akzeptiert werden. Die Annahme, „Ich wäre nicht mehr sicher, wenn meine Sexualität an die Öffentlichkeit käme“, verleiht dem Interview durchaus etwas Bizarres.

Dabei sind die Vereine und Funktionäre des deutschen Fußballs durchaus engagiert. Theo Zwanziger hat in seiner Amtszeit als DFB-Präsident den Toleranzgedanken weit vorgebracht. Die Satzung des DFB enthält mittlerweile das Vereinsziel, „Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität eine sportliche Heimat“ zu bieten. Viele andere Vereine haben diesen Passus übernommen.

Beim Integrationsgipfel „Geh Deinen Weg“, der im letzten Jahr stattfand, ermutigte Bundeskanzlerin Angela Merkel schwule Fußballer

zum Outing. Welche politischen Flankierungen sie in ihrer Amtszeit selbst unterstützend umgesetzt hat, steht auf einem anderen Blatt, sollte aber nicht unerwähnt bleiben: „Sollte sich ein Spieler, egal ob in der Bun-

„Ich wäre nicht mehr sicher, wenn meine Sexualität an die Öffentlichkeit käme“

desliga oder der Kreisliga, öffentlich als homosexuell outen wollen und dabei die Unterstützung des DFB benötigen, so wird unser Verband jegliche Hilfe anbieten“, äußerte der amtierende Präsident des DFB, Wolfgang Niersbach. Und gewohnt knackig antwortete Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern München, auf die Frage nach einem Outing: „Aus meiner Sicht kein Problem“.

Die Landessportverbände bieten

mittlerweile Coachings zum Thema an und haben dafür Ansprechpartner eingesetzt. All das kann helfen, die innere Toleranz zu fördern. Das tut dem Sport als solchem gut, ohne Frage aber auch ‚Betroffenen‘, die oft genug allein den Weg des Verständnisses und eines Outings beschreiten müssen.

Die eherne Symbolik des DFB stößt dort an ihre Grenzen, wo sich erhitze und durch Adrenalin hochgepeitschte Fans die Seele aus der Kehle schreien, dem Alltag bewusst entfliehen wollen und sich einer Dialektik bedienen, die nicht zwingend diskriminierend gemeint sein muss, in der Sender-Empfänger Botschaft aber stetig verletzenden und abschätzigen Duktus vorangetrieben wird. Und zwar an jedem Wochenende aufs Neue. ●

PRIVATISIERUNG VON UNIKLINIKA

GESUNDHEIT. Zum wiederholten Male wurden im vergangenen Jahr Gedankenspiele über eine (Teil-)Privatisierung der Uniklinika in Sachsen-Anhalt öffentlich. Diese gilt es kritisch zu hinterfragen.

>> von Lukas Balsler, Wirtschaftswissenschaftler

STIEGENDE Lohnkosten, zunehmende Kosten für neue Medizintechnik und Investitionsstau sind nur einige der Herausforderungen, denen Kliniken im öffentlichen Besitz gegenüberstehen – und das bei gleichzeitigem Konsolidierungsdruck öffentlicher Haushalte. Zusammengefasst: veraltet, teuer, ineffizient. Als erste Lösung erscheint, wie so häufig, eine Privatisierung der Häuser und damit verbunden eine Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Wie ist es möglich, meist defizitäre Krankenhäuser plötzlich in die Gewinnzone zu befördern? Private Betreiber versprechen Wirtschaftlichkeit ohne Qualitätsverlust durch effiziente, weniger kostenintensive Strukturen der jeweiligen Kliniken und das Ganze mit einer Rendite auf das investierte Kapital. Beispielsweise soll dies durch strategische Neuausrichtungen der Häuser inklusive aller personellen und organisatorischen Umstrukturierungen ohne Einflussnahme politischer Entscheidungsträger gelingen. Die Bedingungen für den Arbeitnehmer sind hierbei aber jederzeit im Auge zu behalten.

Diese Vorgehensweise kann, so sehen es auch Kritiker von Klinikprivatisierungen, tatsächlich zum Erfolg

führen, jedoch zumeist nur bei kleineren Kliniken und Spezialkliniken. Bei größeren Krankenhäusern und insbesondere beim bislang einzigen Versuch der Privatisierung einer Universitätsklinik in Marburg-Gießen sind diese Vorhaben bisher zumeist gescheitert.

Welche Gründe sprechen, neben dem wirtschaftlichen Scheitern selbst, gegen die Privatisierung von Maximalversorgungskliniken?

- Renditeerwartungen sind aus dem Alltagsgeschäft zu erwirtschaften, welches vorwiegend aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert wird.
- Personenbezogene Dienstleistungen können ohne ein Eintreten von Qualitätsverlust beispielsweise durch die Absenkung der Arbeitskosten nicht unendlich rationalisiert werden.
- Weniger personalaufwendige sowie technisierbare Fälle werden aufgrund der Renditeerwartungen bevorzugt. Es findet eine Patientenselektion statt.
- Investitionszusagen werden aufgrund nachträglich festgestellter, zu geringer Renditeerwartungen nicht eingehalten.

Bei Uniklinika kommt aber noch ein entscheidender Faktor hinzu: Die originären Aufgaben der Uniklinika, Forschung und Lehre, laufen Gefahr, eingeschränkt zu werden. Eine Verdichtung der Arbeitsleistung von Ärzten führt zu weniger Einsatzmöglichkeiten in diesen Kerngebieten und damit zu Nachwuchsproblemen sowie weniger Forschungsoutput. Trotz weiterer öffentlicher Finanzierung der Forschung und Lehre besteht somit die Gefahr der Vernachlässigung dieses Bereichs.

Auch im Rahmen der vom Land angedachten („nur“) Teilprivatisierung bestehen ähnliche Risiken. Egal ob bei 49- oder 100-prozentiger Beteiligung: Investoren wollen Renditen erzielen. Inwiefern ist dem Land also mit einer Teilprivatisierung wirklich geholfen? Dies muss Wissenschaftsministerin Birgitta Wolff nun nachweisen. ●



INHALTLICHE ARBEIT

AG BILDUNG (AFB)

Katharina Brederlow (Vors.)
 Hans-Joachim Hein (Stellv.)
 Felix Peter (Stellv.)
 katharina.brederlow@t-online.de
 www.spd-halle.net

AG JURISTEN (AsJ)

Thomas Wünsch (Sprecher)
 Oliver Hartung (Stellv.)
 thomas.wuensch@googlemail.com
 www.spd-halle.net

AG JUSOS

Felix Peter (Vors.)
 Marcel Muschter (Stellv.)
 Clemens Wagner (Stellv.)
 www.jusos-halle.de
 kontakt@jusos-halle.de

AG 60PLUS

Norwin Dorn (Vors.)
 norwin.dorn@t-online.de
 www.spd-halle.net

AK KULTUR

Günter Kraus (Vors.)
 spd.fraktion@halle.de
 www.spd-fraktion-halle.de

AK SCHWUSOS

Marcel Dörner (Vorstand)
 Christian Weinert (Vorstand)
 Jens Abendroth (Vorstand)
 schwusos-halle@arcor.de
 www.schwusos-sachsen-anhalt.de

AK STADTENTWICKLUNG

Eyk Hasselwander (Vors.)
 spd.fraktion@halle.de
 www.spd-fraktion-halle.de

JUSO-HOCHSCHULGRUPPE

Paul Hoyer (Sprecher)
 Christian Annecke (Stellv.)
 www.jusos-halle.de
 hsg@jusos-halle.de